

Mit den Spitzen der Landespolitik im Dialog – unsere exklusive Serie zur Landtagswahl 2011

## CDU: Der Markt wird es regeln – auch beim Klimaschutz

Weniger Staat, mehr Markt: Dieser Grundsatz gilt für die rheinland-pfälzische CDU auch im Bereich Bauen und Wohnen – und beim Klimaschutz. Ein klares Nein der CDU gab's beim Meinungsaustausch mit Haus & Grund zum Thema Steuererhöhungen. Denn das Land habe kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.



Bald in neuer Zusammensetzung: der Landtag von Rheinland-Pfalz. Rund drei Millionen Wahlberechtigte in 51 Wahlkreisen entscheiden am 27. März 2011, wer ihre Interessen im Landesparlament vertritt. Um die Mandate bewerben sich Kandidatinnen und Kandidaten von insgesamt zwölf Parteien.

Von Dr. Ilse Preiss

Christian Baldauf, der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Mainzer Landtag, musste krankheitsbedingt kurzfristig absagen. An klaren Aussagen mangelte es dennoch nicht beim Besuch der Haus & Grund Delegation im Abgeordnetenhaus. Gleich mehrfach verwiesen Gerd Schreiner, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion, und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Marlies Kohnle-Gros auf die hohe selbstregulierende Kraft des Marktes: „Der Staat kann und soll sich bei vielen Dingen raushalten; es muss nicht jedes Detail gesetzlich vorgeschrieben werden.“ Dieser Grundsatz gilt für die rheinland-pfälzische CDU auch und gerade im Bereich Bauen und Wohnen. Schon jetzt, befand Gerd Schreiner, von Beruf Architekt, gebe es „viel zu viele Auflagen beim Bauen“: „Wir brauchen hier eine deutliche Entrümpelung“.

### Zwang hilft nicht weiter bei der energetischen Sanierung

Marktwirtschaftlich argumentiert die CDU denn auch bei der Frage, ob und wie private Immobilieneigentümer zu mehr Investitionen in die energetische Sanierung veranlasst werden können. Natürlich, so Gerd Schneider, sei Klimaschutz „grundsätzlich sinnvoll“ und auch Anschubfinanzierungen für die Entwicklung neuer Technologien

seien „durchaus in Ordnung“. Dennoch: „Die Entscheidung für oder gegen bestimmte Heiz- und Dämmsysteme ist Bestandteil der Freiheit jedes Eigentümers.“ Zwang helfe hier nicht weiter, „das regelt der Markt viel besser“. Denn Klimaschutz rechne sich; Wohnraum mit niedrigen Energiekosten werde schon jetzt immer stärker nachgefragt. Und der steigende Bedarf werde weitere Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen nach sich ziehen. Ob Selbstnutzer oder Vermieter: Der Investition müsse ein entsprechender Nutzen gegenüberstehen – „da denken Eigentümer wie Unternehmer“.

Dass sich auch die Mieter – über die bereits geltende 11 %-Regelung – am finanziellen Aufwand für mehr Klimaschutz beteiligen müssen, stand für die CDU-Vertreter außer Frage. Aber auch hier gebe es keinen Bedarf für weitere gesetzliche Regelungen. Gerd Schreiner: „Jeder Mieter hat ein bestimmtes Budget und er kann selbst entscheiden, für was er dieses Budget ausgeben will“.

### Klares Nein der CDU zu Steuererhöhungen

Eine klare Absage erteilten die CDU-Vertreter dem Ansinnen, die Grunderwerbssteuer zu erhöhen. Gerd Schreiner und Marlies Kohnle-Gros folgten zum einen der Argumentation von Haus & Grund Rheinland-Pfalz, dass die Erhöhung vor allem für junge Familien, die erstmals Immobilieneigentum erwerben wollen, und für Ältere, die sich um eine seniorengerechte Immobilie bemühen, „ein Schlag ins Kontor“ wäre, wie es der geschäftsführende Landesverbandsvorsitzender Manfred Leyendecker formulierte. Ein höherer Satz bei der Grunderwerbssteuer wäre „geradezu töricht“, urteilte Gerd Schreiner. Für Bau oder Kauf einer Immobilie stehe in der Regel ein begrenzter Betrag zur Verfügung „und es ist allemal besser, das Geld für einen guten Handwerker auszugeben als es in der Grunderwerbssteuer zu binden.“

Zum anderen geht es der CDU beim Thema Steuern ums Prinzip. „Mit uns wird es keine Steuererhöhungen geben“, erklärten Gerd Schreiner und Marlies Kohnle-Gros. Denn: „Rheinland-Pfalz hat kein Einnahmenproblem, sondern ein

### DIALOG MIT DER POLITIK

Energetische Sanierung und barrierefreie Modernisierung, Grundsteuer, Grunderwerbssteuer, Mietrecht, Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt: Vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 27. März 2011 diskutiert der Landesverband von Haus & Grund mit allen großen Parteien über die Themen, die die hiesigen Immobilieneigentümer bewegen. Gastgeber für den letzten Termin vor dem Urnengang war die CDU-Fraktion.

Ausgabenproblem – und genau da wollen und werden wir ansetzen.“ Das Land müsse endlich damit anfangen, nicht mehr auszugeben als es einnimmt. Deshalb sollten nach Ansicht der CDU auch beim bundesweiten Länderfinanzausgleich klare Anreize zum Sparen geschaffen werden. Gerd Schreiner: „Es ist nicht einzusehen, dass sich Rheinland-Pfalz einfach auf die faule Bärenhaut legt und andere dafür zahlen lässt.“

Stattdessen plädiert die CDU für klare Verantwortlichkeiten – auf Landesebene wie im kommunalen Bereich. Gerd Schneider: „Politiker, die für ein Projekt verantwortlich sind, müssen auch die Verantwortung für seine Finanzierung übernehmen.“ Marlies Kohnle-Gros: „Und sie müssen von vorneherein sagen, welche Folgekosten dieses Projekt in 30 oder 40 Jahren haben wird und wie diese zu stemmen sind.“ Um Transparenz und Nachvollziehbarkeit für die Bürger zu schaffen, dürfe es keine „Mischfinanzierungen“ mehr geben.

### Grundsteuer auf Ertrag erheben, nicht die Substanz besteuern

In der anhaltenden Diskussion um die Grundsteuer sind der CDU Rheinland-Pfalz laut Gerd Schreiner zwei Aspekte wichtig: Besteuert werden sollte der Ertrag aus Grund und Boden, „nicht die Substanz“. Und es sollte ein möglichst einfacher Weg der Erhebung der Steuer gewählt werden. Die Grundsteuer ersatzlos zu streichen, konnten sich die CDU-Vertreter allerdings nicht vorstellen.



Gesprächspartner für Haus & Grund: der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Gerd Schreiner, und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Marlies Kohnle-Gros.



Positiv aufgenommen wurden auch von den CDU-Landespolitikern die beiden aktuellen Vorschläge von Haus & Grund Rheinland-Pfalz: Der Verband plädiert für eine Novellierung des Nachbarrechtsgesetzes, um bei der Dämmung von Grenzwänden, Nachbarwänden und grenznahen Wänden den Überbau auf das Nachbargrundstück unter bestimmten Voraussetzungen zu legitimieren. Und er hat ein Konzept für ein Modellprojekt zum altengerechten Wohnen unter dem Motto „Nicht im Altenheim, sondern im alten Heim“ erarbeitet. ■